



Statement zur Polizeigewalt auf der Demonstration “Palestinian liberation is an indigenous struggle” am 17. August 2024

20. Aug. 2024 - Palästina Spricht und PA-Allies

Am 17. August 2024 versammelten sich am Moritzplatz ungefähr 1.000 Protestierende mit der Forderung um ein Ende der Ausbeutung und des Massenmords an indigenen Gemeinschaften und des sofortigen Stopps des Genozids an den Palästinenser*innen.

Wie bereits auf vorhergehenden Demonstrationen wandte die Berliner Polizei grundlos und unverhältnismäßig Gewalt gegen die Protestierenden an. Unser Dokumentationsteam hielt durch Zeug*innenaussagen, Bild- und Videomaterial das Ausmaß der Polizeigewalt gegen die Protestierenden fest.

Nach erstem Kenntnisstand wurden 17 Versammlungsteilnehmende brutal von der Polizei festgenommen, darunter zwei Minderjährige. Eine der Minderjährigen wurde von den Polizeibeamten mit dem Nacken auf den Boden gedrückt und fixiert. Ein Beamter kniete auf ihr, was nach Aussage der Betroffenen dazu führte, dass sie Atemschwierigkeiten hatte. Die Polizeibeamten forderten sie zudem dazu auf, ihr eigenes Videomaterial der Festnahme zu löschen. Ein fünfzehnjähriger Jugendlicher aus Gaza wurde von Polizeibeamten gewaltsam zu Boden gedrückt, wobei ein Polizeibeamter mehrmals auf ihn einschlug, obwohl der Jugendliche bereits fixiert war. Als der Jugendliche abgeführt wurde, verdeckten die Polizeibeamten sein Gesicht. Der Jugendliche berichtete, dass er im Polizeiwagen von den Beamt*innen geschlagen wurde.

Nach Augenzeugenberichten wurden zwei weitere Versammlungsteilnehmende von den Polizeibeamt*innen mit hoher Gewaltanwendung festgenommen und in den Polizeiwagen geworfen. Des Weiteren wurden sieben Personen, davon zwei aus dem Doku-Team, durch Polizeigewalt verletzt.

Als die Demonstration grundlos von der Polizei vorzeitig beendet wurde, wollten viele der Protestierenden die Versammlung verlassen. Die Polizei kesselte jedoch die Versammlungsteilnehmenden ein. Die Demo-Organisator*innen forderten die Polizeibeamt*innen mehrmals auf die Einkesselung zu beenden und den Anwesenden zu ermöglichen, die Demonstration zu verlassen. Die Beamt*innen reagierten auf diese Ansprache nicht, sondern begannen auf die Demonstrierenden einzuprügeln. Mehrere Versammlungsteilnehmende wurden durch die Schläge der Polizei zu Boden gebracht. Aufgrund der gewaltvollen Situation gab es mehrere Menschen, die kollabierten und durch die Gewalteinwirkung ohnmächtig wurden. Zum Ende der Demonstration kamen zudem Polizeihunde zum Einsatz.

Wir erkennen hier eine gezielte Taktik der Polizei unter hoher Gewaltanwendung gegen die Protestierenden Massenpaniken zu erzeugen.

Wir halten erneut fest, dass die Polizei insbesondere rassifizierte Jugendliche und junge Männer attackiert und festnimmt. Wir prangern diese rassistische Polizeigewalt an, da es sich hier oft um palästinensische Jugendliche / junge Männer aus Gaza handelt, die ohne Familienangehörige nach Berlin geflüchtet sind. Während ihre Familien der genozidalen Gewalt des Apartheid Besatzungsstaates ausgesetzt sind, erleben sie hier ungerechtfertigte Polizeigewalt.

Wir halten fest, dass die Polizei den Teilnehmenden ihre Grundrechte als Protestierende verwehrt. Dies wird deutlich durch folgende Gewaltanwendungen:

- Schmerz- und Würgegriffe beim Abführen
- Gewaltvolles Schubsen, u.a. auf den Boden werfen
- An den Haaren ziehen
- Schläge ins Gesicht
- Gewaltvolle und respektlose Sprache
- Verdecken von Nase, Augen und Mund bei der gewaltsamen Festnahme
- Boxen in den Bauch
- Brutales Anlegen von Handschellen
- Knien auf den festgenommenen Personen
- Schlagen der festgenommenen Personen im Polizeiwagen
- Fehlende Aufklärung der festgenommenen Personen über ihre Rechte
- Bei Minderjährigen wurde kein Elternteil oder Erziehungsberechtigte*r kontaktiert
- Verhinderung von Kontakt zwischen festgenommener Person und Zeug*innen / Anwält*innen zur Mitteilung persönlicher Daten

Wir sehen hier erneut, wie die Berliner Polizei grundlos, unverhältnismäßig und außerhalb jeglichen Rechts mit starker Polizeigewalt versucht eine Demonstration niederzuschlagen anstatt das Recht auf Versammlungsfreiheit zu gewähren.

Polizeigewalt muss gestoppt werden

Die Polizeigewalt, die systematischen Festnahmen gerade von jungen Palästinenser*innen, oft mit Fluchtgeschichte aus Gaza, muss gestoppt werden. Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit müssen für alle Menschen gelten.

- Wir fordern eine allumfassende unabhängige Untersuchung und Aufarbeitung der Polizeigewalt.
- Stopp der Kollektivbestrafung von Protestierenden
- Stopp der willkürlichen Festnahmen von Versammlungsteilnehmenden

[Quelle!](#)